CDU-Fraktion Tempelhof-Schöneberg

Bilanz von drei Jahren CDU-Politik
unter Rot-Grüner Mehrheit
in Tempelhof und Schöneberg

CDU FRAKTION
TEMPELHOF-SCHÖNEBERG

Inhaltsverzeichnis

Teil I — ***Wer macht was im Bezirk?***
Aufgabenverteilung im Bezirksamt
Politische Mehrheitsverhältnisse in der Bezirksverordnetenversammlung

Teil II — ***Sachfragen brauchen sachgerechte Lösungen***
35 Beispiele für erfolgreiche Initiativen der CDU im Bezirk

Teil III — ***Politik ist die Kunst des Möglichen***
15 Beispiele, wo die CDU an SPD und Grünen gescheitert ist

Teil IV — ***Hier wird die Zukunft verspielt***
5 Beispiele von Fehlentscheidungen im Bezirk

Teil V — ***Nonsens statt Konsens***
6 Beispiele Rot-Grüner Realpolitik im Bezirk

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,

Kommunalpolitik erfüllt eine wichtige Funktion im Zusammenleben der Bürgerinnen und Bürger in Berlin. Entscheidend für eine gute Politik zum Wohle aller im Bezirk ist Bürgernähe und Sachorientierung. Unter diesen Leitlinien haben die CDU-Fraktion und die von der CDU geführten Bezirksamtsressorts seit der letzten Wahl im Jahr 2011 konsequent Politik gemacht, soweit sie durch die Mehrheitsverhältnisse im Bezirksamt und in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) nicht daran gehindert wurden.

Die Berliner Verfassung sieht, anders als in Landesparlamenten oder im Bundestag, in den Bezirken keine politischen Koalitionen oder Regierung und Opposition vor. Alle Parteien sind, vorausgesetzt sie erreichen einen bestimmten Prozentsatz der Stimmen, mit Bezirksamtsmitgliedern an der „Bezirksregierung“ beteiligt. Lediglich die Wahl des Bezirksbürgermeisters kann mit einer „Zählgemeinschaft“, also einer politischen Koalition, erfolgen. Dies ist die Verfassungstheorie. In unserem Bezirk gibt es faktisch eine Koalition von SPD und Grünen, die in einem Zählgemeinschaftsvertrag die Politik für fünf Jahre festgelegt haben. Dies hat zur Folge, dass wichtige Zukunftsentscheidungen im Bezirksamt eben nicht im Konsens, sondern nach parteipolitischer Ausrichtung erfolgen. Darunter leiden insbesondere die Finanzen und die langfristigen Perspektiven des Bezirks. In Tempelhof-Schöneberg fehlt es an Zukunftsvisionen, die politische Mehrheit erschöpft sich in Alltagsfragen und auch das nur mit mäßigem Ergebnis.

Die Möglichkeiten der Bezirkspolitik sind nicht unerheblich. Der finanzielle Rahmen wird zwar genauso wie wichtige Planungsentscheidungen durch das Land Berlin gesetzt, trotzdem werden viele Entscheidungen, die den Alltag der Menschen betreffen, im Bezirk getroffen.

Auf den nachfolgenden Seiten haben wir eine Auswahl von erfolgreichen Initiativen der CDU im Bezirk für Sie zusammengestellt. Dem folgen Initiativen, die keine Mehrheit gefunden haben, sowie eine kleine Auswahl Rot-Grüner Fehlentscheidungen bzw. Beschlüsse, die bestenfalls unverständliches Kopfschütteln auslösen können.

Ihr

Ralf Olschewski
Fraktionsvorsitzender

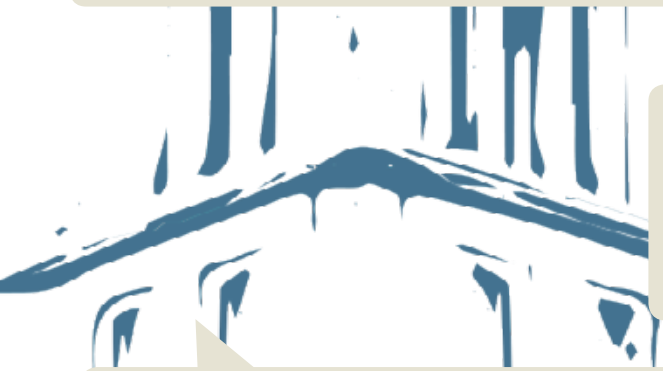
Bild: © Rüdiger Bandholtz

Teil I
Wer macht was im Bezirk?

1. Die Aufgabenverteilung im Bezirksamt

Bezirksbürgermeisterin
Angelika Schöttler (SPD)
zuständig für:
Personal, Finanzen, Wirtschaftsfragen,
internationale Kontakte, Frauen- und Integrationspolitik

stellvertretende Bezirksbürgermeisterin
Jutta Kaddatz (CDU)
zuständig für:
Schulorganisation ohne pädagogisches Personal und
Unterrichtsinhalte, Kultureinrichtungen des Bezirks,
Musik- und Volkshochschule sowie die bezirklichen Sportanlagen



Stadträtin
Dr. Sibyll Klotz (Grüne)
zuständig für:
Stadtplanung und Wohnungsbau, Gesundheits- und
Sozialpolitik sowie Seniorenbetreuung

Stadtrat
Daniel Krüger (CDU)
zuständig für:
Bezirkseigene Gebäudeverwaltung, Tiefbaumaßnahmen
(Straßen, Geh- und Radwege) sowie die Grünflächen
des Bezirks

Stadtrat
Oliver Schworck (SPD)
zuständig für:
Jugendeinrichtungen, Jugendhilfemaßnahmen, Jugendschutz,
Ordnungsamt, Wochenmärkte, Parkraumbewirtschaftung,
Gewerbeamt, Bürgerämter und Umweltschutz

Die der CDU angehörenden Stadträte versuchen, in einem angespannten politischen Klima ihre Ressorts mit Vernunft und dem Blick auf das politisch Mögliche erfolgreich zu führen. Bei den Mehrheitsverhältnissen im Bezirksamt und der BVV werden ihre Abteilungen mit schöner Regelmäßigkeit zur Sparbüchse des Bezirks gemacht, um aus den eingesparten Mitteln Rot-Grüne Politikansätze zu finanzieren. Dies geschieht ohne Rücksicht auf die Bürger, die direkt bei Schulen, Kultureinrichtungen, Sportanlagen oder Grünflächen davon betroffen sind. Politik ist und bleibt die Kunst des Möglichen.

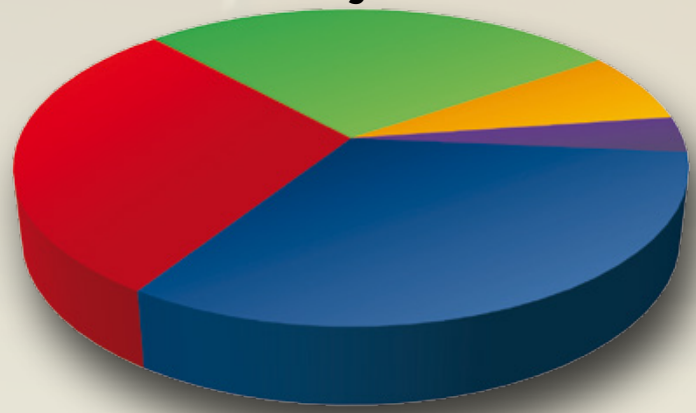
2. Die Mehrheitsverhältnisse in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV)

Bild: © Matthias Steuckardt

Bezirksverordnetenvorsteherin
Petra Dittmeyer (CDU)

zuständig für:
Sitzungsleitung, Vertretung der BVV nach außen und gegenüber anderen Verwaltungsorganisationen, Schirmherrschaften

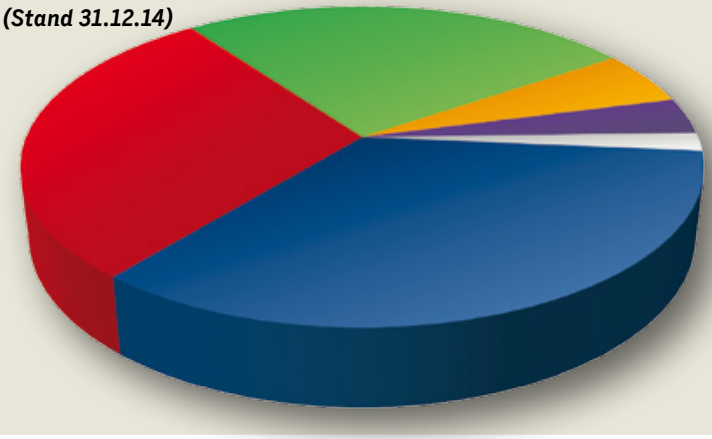
Zusammensetzung der BVV nach der Wahl 2011 (55 Sitze)



CDU-Fraktion	18 Sitze
SPD-Fraktion	16 Sitze
Grüne-Fraktion	15 Sitze
Piraten-Fraktion	4 Sitze
Linke	2 Sitze
fraktionslose Einzelverordnete als Gruppe	

Zusammensetzung der BVV nach der Auflösung der Piratenfraktion

(Stand 31.12.14)



CDU-Fraktion	19 Sitze
ein Wechsel von den Piraten zur CDU	
SPD-Fraktion	16 Sitze
Grüne-Fraktion	14 Sitze
ehem. Piraten	3 Sitze
2 fraktionslose Einzelverordnete als Gruppe und 1 Einzelverordneter	
Linke	2 Sitze
fraktionslose Einzelverordnete als Gruppe	
Parteilos	1 Sitz
1 Einzelverordnete (ehem. Grüne)	

Die politischen Mehrheitsverhältnisse sind in der BVV eindeutig, die CDU steht einer fast Zweidrittelmehrheit von Parteien und Gruppen gegenüber, die eine links ausgerichtete Politik betreiben wollen, was sich inhaltlich bei allen wesentlichen Entscheidungen im Bezirk widerspiegelt. Trotzdem gelingt es der CDU immer wieder, mit Beharrlichkeit sowie öffentlichem Druck zwischen 40 und 50 Prozent ihrer mehr als 170 Initiativen realisieren zu können.

Teil II
Sachfragen brauchen sachgerechte Antworten

Bezirkspolitik soll sich an den unmittelbaren Interessen der Menschen vor Ort orientieren. Auf den folgenden fünf Seiten finden Sie eine Auswahl von 35 erfolgreichen Initiativen der CDU zu 21 Themenbereichen aus dem Zeitraum 2012-2014. Dazu reiht sich eine Vielzahl kleiner und kleinster Initiativen und Fragestellungen, angefangen bei Verkehrsfragen bis zur Anschaffung von zusätzlichen Medien für eine Bibliothek. Nicht mehr und nicht weniger ist Bezirkspolitik.

Bürgernahe Politik für Tempelhof und Schöneberg

1. Am geplanten Waldorf-Campus die Anwohnerinteressen berücksichtigen

Mit der **Drs. 938** hat die CDU an der Schöneberger Monumentenstraße für einen Ausgleich zwischen Schulneubau und Anwohnern gesorgt. Der Baukörper wurde so angepasst, dass ein Kompromiss zwischen Anwohnern und Schule gefunden wurde.

2. Ausreichende Kitaplätze sind ein Grundbedürfnis im Bezirk

So konnte auf Initiative der CDU die Schließung und der Abriss der evangelischen Kita in der Tempelhofer Albrechtstraße nicht nur verhindert, sondern sogar die Sanierung und Erweiterung realisiert werden, **Drs. 50**. Mit **Drs. 53** wurde das selig schlafende Bezirksamt auf die ständig bestrittene Existenz von Wartelisten in Kitas hingewiesen und mit **Drs. 128** die Einrichtung einer Online-Abfragemöglichkeit für freie Kitaplätze im Bezirk angeregt. Die Senatsverwaltung hat die Anregung aufgegriffen und ein IT-Verfahren entwickelt, das zwar nur leidlich funktioniert, jedoch als erster Schritt in die richtige Richtung gewertet werden kann.

3. Die Schöneberger Jugendverkehrsschule ist gesichert

Verkehrserziehung von Kindern ist in einer Stadt wie Berlin überlebenswichtig. Die Jugendverkehrsschule am Sachsendamm muss einem Bauvorhaben des Grundstückseigentümers weichen, der in diesem Fall jedoch für einen Ersatzbau auf seine Kosten sorgen muss. Da SPD und Grüne wenig Engagement bei der Suche eines Ersatzgrundstücks an den Tag gelegt haben, hat die CDU mit der **Drs. 1166** für einen klaren Handlungsauftrag gesorgt. Zwischenzeitlich wurde ein neuer Standort auf dem Grundstück der ehemaligen Waldenburgschule an der Otzenstraße nachgewiesen und die Jugendverkehrsschule damit langfristig gesichert.

4. Die Bäderplanung in Berlin muss die Interessen unseres Bezirks berücksichtigen

Die forsche Neuplanung der Berliner Bäderbetriebe mit der beabsichtigten Schließung von zwei Bädern in Tempelhof-Schöneberg konnte durch die frühzeitige Initiative der CDU, **Drs. 1021**, erst mal gestoppt werden. Wir wollen, dass die Versorgung mit öffentlichen Schwimmbädern im Bezirk, insbesondere für den Bereich des Alt-Bezirks Tempelhof, nicht verschlechtert wird und die vorhandenen Wasserflächen für Schwimmunterricht an Schulen sowie für den Vereinssport nicht vermindert werden. Bei der Preisgestaltung muss das Land Berlin auch für breite Bevölkerungsschichten wieder ein bezahlbares Angebot entwickeln.

5. Die Rahmenbedingungen für Menschen mit Behinderungen müssen verbessert werden

Hier konnte mit dem Beschluss der **Drs. 1204**, Lautsprecherdurchsagen in den Fahrstühlen der bezirkseigenen Immobilien, die Voraussetzung geschaffen werden, dass Blinde und Sehbehinderte eine verbesserte Orientierung in öffentlichen Gebäuden bekommen.

Bild: © CDU.de/ Christiane Lang

Bild: © Thomas Kutz

Bild: © Christian Zander

Bild: © CDU.de/ Dominik Butzmann

6. *Im Bezirk darf keiner vergessen werden*

Die Möglichkeiten bezirklicher Gesundheitspolitik sind begrenzt. Hier liegen fast alle Zuständigkeiten auf der Senatsebene. Trotzdem ist es gelungen, dass die Gelder für anonyme HIV-Tests auf Initiative der CDU, **Drs. 808**, gesichert werden konnten und mit der **Drs. 947** eine erleichterte Gesundheitsversorgung für Obdachlose angestoßen wurde. Hier werden wir die weitere Tätigkeit des Bezirksamtes begleiten.

7. *Tristesse auf dem Tauentzien*

2012 rieben sich die Berliner zum Weihnachtsfest überrascht die Augen. Charlottenburg-Wilmersdorf hatte den Tauentzien weihnachtlich geschmückt, in Tempelhof-Schöneberg herrschte Dunkelheit. Mit **Drs. 503** gab die CDU den Anstoß, diesen Schildbürgerstreich für 2013 nicht zu wiederholen. Damit waren wir erfolgreich, bereits 2013 war der zu unserem Bezirk gehörende Straßenabschnitt wieder weihnachtlich gestaltet.

8. *Parkplatznot am Rathaus Schöneberg verringern*

Am Dienstag und Freitag ist Wochenmarkt vor dem Rathaus Schöneberg. An diesen Tagen waren seit Jahrzehnten die Parkplatzflächen vor dem Rathaus komplett gesperrt und es wurde knapp mit Parkplätzen im näheren Umfeld des Rathauses. In den letzten Jahren ist die Anzahl der Marktstände auf dem Wochenmarkt stetig geschrumpft, so dass der Markt bequem mit der halben Parkplatzfläche auskommt. Aus diesem Grund haben wir mit der **Drs. 793** nur noch die Teilsperrung der Parkplatzflächen entsprechend dem Bedarf des Marktes initiiert und mit Teilen der Grünen gegen die SPD diese pragmatische Lösung durchgesetzt. In die gleiche Richtung geht die **Drs. 1295**, mit der am Standesamt in der Freiherr-vom-Stein-Straße die Parkzeiten wieder auf zwei Stunden verlängert werden sollen. Heiraten muss im Bezirk nicht als Hetzjagd erfolgen.

9. *Mehr Sicherheit durch das Warnsystem Katwarn im Bezirk*

Katwarn ist ein Warnsystem der Berliner Feuerwehr, das bei Unglücksfällen und Extremwetterlagen zusätzlich zu den allgemeinen Informationen die betroffenen Bürger per SMS oder E-Mail über Gefahrenlagen informiert oder Verhaltensempfehlungen ausspricht. Für die Nutzung von Katwarn wird nun auf Initiative der CDU, **Drs. 513**, auch in Tempelhof-Schöneberg geworben.

10. *Sport lebt von Vorbildern*

Nur sehr wenige Sportanlagen im Bezirk tragen einen besonderen Namen. Dabei bietet sich hier die Gelegenheit, verdiente Sportlerinnen und Sportler zu würdigen, die sich in ihren Vereinen oft jahrzehntelang engagiert haben. Die CDU-Fraktion gab mit der **Drs. 218** den Anstoß zu Namenswettbewerben, die die Möglichkeit bieten, Sportstätten nach bekannten Sportlerinnen und Sportlern des Bezirks zu benennen. Mit der Umbenennung der Sporthalle in der Friedenauer Illstraße in Winfried-Gravenstein-Halle **Drs. 499** wurde einem Mann Ehre erwiesen, der rund 20 Jahre als Präsident des Friedenauer TSC ehrenamtlich für den Bezirk arbeitete.

Wohnen und Verkehr

11. Neue Wohnungen für den Bezirk

Berlin leidet seit 2011 unter steigender Wohnraumnot. Dies ist auf den Zuzug von mehr als 100.000 Menschen innerhalb von drei Jahren nach Berlin zurückzuführen. Die Folge sind steigende Mieten bzw. Preise für Eigentumswohnungen. Deshalb benötigen wir dringend mehr Neubau in Berlin, damit Angebot und Nachfrage wieder ausgeglichen werden. Darin bestand Konsens zwischen CDU, SPD und Grünen bei der Festlegung größerer Wohnungsbaustandorte im Bezirk. Auf der Basis der **Drs. 141** wurden 17 Standorte, davon ausgenommen das Tempelhofer Feld, mit einem Potential von rd. 4.000 Wohnungen festgelegt. Weitere Bauvorhaben unterstützt die CDU für das ehemalige Straßenbahndepot in der Belziger Straße, **Drs. 1236**, sowie im Postareal an der Hauptstraße, beide in Schöneberg. Weitere Potentiale ergeben sich aus Baulückenschließungen und Dachausbauten.

Doch Einigkeit in den politischen Zielen führt in Tempelhof-Schöneberg noch lange nicht zu mehr Wohnraum. Das von den Grünen geführte Ressort schafft bei der Realisierung der Ziele nur klägliche Ergebnisse:

- Von 17.299 Baugenehmigungen in Berlin aus den Jahren 2012-13 entfallen nur 710 auf Tempelhof-Schöneberg, das sind lediglich 4,1% und ist damit der zweitschlechteste Wert aller Bezirke.
- Von 12.059 neu errichteten Wohnungen in Berlin für den Zeitraum 2012-13 entfallen nur 261 auf unseren Bezirk. Das sind nur 2,2% aller neu errichteten Wohnungen in Berlin und ist wiederum der zweitschlechteste Wert aller Berliner Bezirke. 2013 hat der Bezirk mit 70 neuen Wohnungen sogar die mit Abstand schlechteste Bilanz.
- Auch für 2014 ist nicht mit deutlich besseren Zahlen zu rechnen.

Bei den bisherigen Zahlen an Baugenehmigungen ist für die gesamte Legislaturperiode damit zu rechnen, dass unser Bezirk bestenfalls unter den drei Bezirken mit der geringsten Zahl an fertig gestellten Neubauwohnungen ist, wenn er nicht sogar das Schlusslicht darstellen wird. Das ist eine katastrophale Bilanz für das Bezirksamt.

12. Weniger Verkehr in der Bautzener Straße

Nachdem der Bezirk Kreuzberg an der Yorckstraße einen Baumarkt genehmigt hat, um eine andere Nutzung des Geländes als Büro- oder Wohnungsbaustandort zu verhindern, sind zusätzliche Verkehrsbelastungen in der Bautzener Straße in Schöneberg entstanden. Mit den **Drs. 141** und **418** hat die CDU eine Mehrheit für eine Neuordnung des Verkehrs im Bezirk erreicht, ist am Ende aber an der Ignoranz der Senatsverwaltung zunächst gescheitert. Aktuell hat die CDU eine Prüfung initiiert mit dem Ziel, den Durchgangsverkehr zu vermindern. Möglicherweise wird es aber erst im Zusammenhang mit dem Wohnungsneubauvorhaben in der Bautzener Straße einen erfolgversprechenden Ansatz für verkehrsreduzierende Baumaßnahmen geben.

13. Abstellplätze für den Fahrradverkehr schaffen

Neben der Verkehrssicherheit ist eine ausreichende Anzahl von Fahrradabstellplätzen wichtig, um Radverkehr attraktiv zu machen. Dies hängt oft an Kleinigkeiten, die nicht beachtet werden.
Jahrzehntelang konnten Radfahrer am Ausgang des U-Bahnhofes Wittenbergplatzes Fahrradständer finden. Nach dem wenig gelungenen Umbau der Tauentzienstraße, der unter Federführung unseres Nachbarbezirks Charlottenburg-Wilmersdorf stand, waren sie plötzlich verschwunden. Auf Initiative der CDU, **Drs. 485**, ist jetzt eine neue Stellplatzanlage für Fahrräder am Wittenbergplatz entstanden. Mit der **Drs. 247** haben wir als CDU gleichzeitig den Startschuss für die jetzt regelmäßige Entfernung von Fahrradwracks an Radstellplätzen gegeben.

14. Pilotprojekt Elektrobus im Bezirk

Berlin ist Modellstadt für Elektromobilität. Deshalb wollte die CDU mit **Drs. 565** den Ortsteil Lichtenrade über einen Elektrobuseinsatz auf der Linie M76 mit dem Walther-Schreiber-Platz verbinden. Dies konnte nicht realisiert werden, dafür wird 2015 eine Elektrobusverbindung zwischen Südkreuz und Bahnhof Zoo auf der Linie 204 kommen.

15. Heinrich-Lassen-Park ist wieder zur Ruhe gekommen

Bis zur Bezirksaufsicht der Senatsverwaltung für Inneres mussten CDU und Grüne, um die unsinnige Baumaßnahme zur Umgestaltung dieser Grünanlage in Schöneberg zu stoppen. Der 2010 noch zuständige SPD-Dezernent hatte ohne Beteiligung der Anwohner und der Bezirksverordnetenversammlung einen Parkumbau begonnen, der Gesamtkosten von mehr als 500.000 € verursacht hätte. Nach fast zweijährigen Absperrungen und wütenden Anwohnerprotesten in der Parkanlage wurden die gröbsten Schäden der Baumaßnahme behoben, und auf Antrag der CDU wurde auf den zweiten und dritten Bauabschnitt im Lassen Park verzichtet, **Drs. 203**. Mehr als 200.000 € wurden sinnlos verschwendet, aber mehr als 300.000 € wenigstens gerettet. Der jetzige Amtsinhaber von der CDU hat sein weniges Geld nicht für die Vernichtung von Grün, sondern für das Pflanzen von mehr Straßenbäumen eingesetzt. Tempelhof-Schöneberg hat in den Jahren 2012-13 mehr Bäume gepflanzt als gefällt, **Drs. 1260**, und nimmt damit einen Berliner Spitzenplatz ein. Die vom damaligen SPD-Stadtrat zu verantwortenden Fehlentscheidungen sind auch Thema im aktuellen Bericht des Rechnungshofes von Berlin, der sich mit der Verschwendung von Steuergeldern auseinandersetzt.

16. Arbeit des Naturrangers in Marienfelde sichern,

Der Naturranger ist eine Institution in Marienfelde und hat eine wichtige Aufgabe für die Umwelterziehung und den Erhalt der Grünanlagen im Süden des Bezirks. Seine Arbeit zu sichern ist der CDU, **Drs. 377**, mit Unterstützung der Grünen gelungen.

Bild: © Rüdiger Bandholtz

Kultur

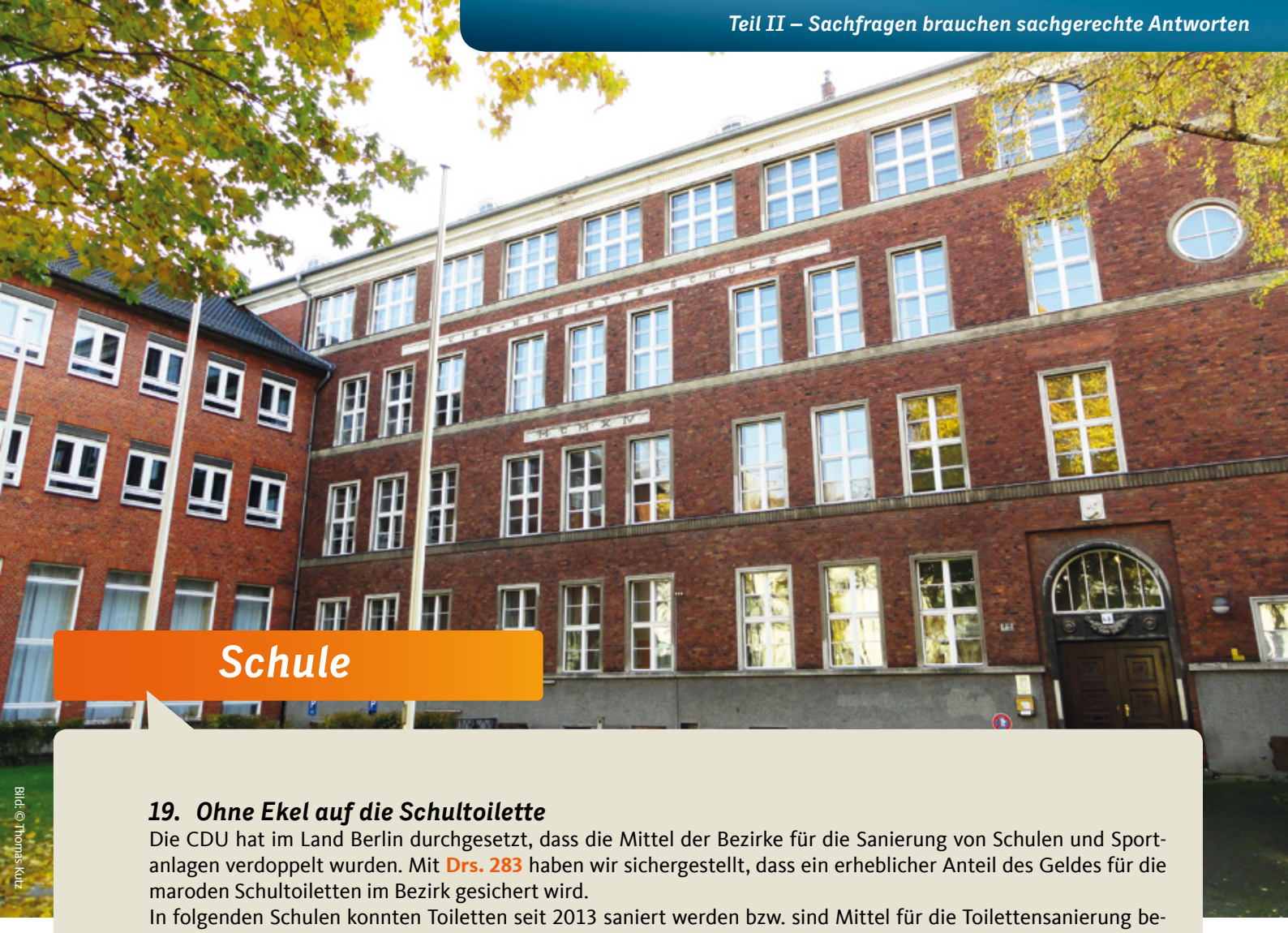
17. Stadtgeschichte ist bei der CDU in guten Händen

Der S-Bhf. Yorckstraße hat eine besondere historische Bedeutung in Berlin und wird bei der durchzuführenden Erneuerung des Bahnhofs in historischer Form wiederherzustellen sein. Das seit mehr als 100 Jahren als Gaststätte genutzte Gebäude des Lokals „Zum Umsteiger“ wird nun ebenfalls als denkmalgeschütztes Gebäude erhalten bleiben, **Drs. 509**. Mit dem Denkmal des Monats auf den Internetseiten des Bezirks, **Drs. 210**, sind wir zwar in der BVV an SPD und Grünen gescheitert, das Bezirksamt hat die Initiative aber mit einer Regionalzeitung zusammen aufgegriffen und in den letzten zwei Jahren realisiert. Beim anstehenden Umbau des U-Bhf. Nollendorfplatz wird auf Initiative der CDU, **Drs. 674**, vergleichbar mit der U-Bahnstation Bayerischer Platz, viel Interessantes über die Geschichte der sogenannten Schöneberger U-Bahn zwischen Nollendorfplatz und Innsbrucker Platz zu sehen sein. Wer es bisher noch nicht wusste: Das erste Heimspiel der deutschen Fußball-Nationalmannschaft fand 1908 in Berlin-Mariendorf statt. Hieran soll auf unsere Initiative hin künftig eine Gedenktafel erinnern, **Drs. 1184**. Wir fanden, dies ist ein passender Beitrag des Bezirks zum Gewinn des 4. WM-Titels.

18. Museums- und Gedenkkultur ist wichtig

Das Alliiertenmuseum im ehemaligen Flughafen Tempelhof bietet mit dem Check Point Charlie, dem Rathaus Schöneberg, dem Alliierten Kontrollratsgebäude in der Potsdamer Straße sowie dem RIAS Gebäude in der Nähe des Innsbrucker Platzes einen eng zusammenliegenden Bereich wichtigster historischer Standorte des geteilten Berlin und der westalliierten Schutzmächte in unserem Bezirk. Die räumliche Nähe aller Standorte in der Berliner Innenstadt mit ihrer hohen Touristendichte bietet alle Chancen für die Schaffung eines zusätzlichen Magneten für nationalen und internationalen Tourismus unter dem Motto: „Das alliierte Berlin, Spuren internationaler Weltpolitik in Berlin“. Die Initiative der CDU mit der **Drs. 126** war letztendlich erfolgreich. Das Alliiertenmuseum wird in den nächsten Jahren in das ehemalige Flughafengebäude einziehen. Mit der **Drs. 1172** hat die CDU die Finanzierung eines/einer Mitarbeiters/in gesichert, um dringend notwendige vorbereitende Verwaltungsaufgaben für die Verlegung von sog. Stolpersteinen wahrzunehmen. Dies sind metallene Gedenksteine, die zur Erinnerung an Deportierte während der NS-Diktatur dauerhaft im Straßenpflaster verankert werden.

Skeptisch sieht die CDU die Gedenkstätte für Julius Leber im Grünzug an der Torgauer Straße. Hier wird eine heruntergekommene Baracke mitten in einer neuen Grünanlage erhalten, die erst nach der Ermordung des bekannten Widerstandskämpfers durch die NS-Diktatur in der Nachkriegszeit entstanden ist. Es existiert bis heute weder ein tragfähiges Konzept noch eine Finanzierung der durch SPD und Grüne gewünschten Gedenkstätte. Der auf Initiative der beiden CDU-Stadträte durchgeführte Wettbewerb für ein in die Grünanlage integriertes Denkmal ist nach Meinung der CDU ein guter Vorschlag, Gedenkort mit Naherholung zu verbinden. Mit unseren Initiativen **Drs. 414** und **Drs. 1126** konnten wir uns leider nicht durchsetzen. In der Torgauer Straße besteht die ernsthafte Gefahr, dass die lang angestrebte Grünanlage durch die verbleibenden Gebäudereste nur begrenzt nutzbar ist und sich die Gebäudereste in eine Ruinenlandschaft verwandeln und verwahrlosen. Das ist kein würdiges Gedenken an Widerstandskämpfer.



Schule

Bild: © Thomas Kutz

19. Ohne Ekel auf die Schultoilette

Die CDU hat im Land Berlin durchgesetzt, dass die Mittel der Bezirke für die Sanierung von Schulen und Sportanlagen verdoppelt wurden. Mit **Drs. 283** haben wir sichergestellt, dass ein erheblicher Anteil des Geldes für die maroden Schultoiletten im Bezirk gesichert wird.
In folgenden Schulen konnten Toiletten seit 2013 saniert werden bzw. sind Mittel für die Toilettensanierung bereits für 2015 eingeplant:

- Sternberg-Grundschule
- Tempelherren-Grundschule
- Georg-von-Giesche-Schule
- Friedrich-Bergius-Schule
- Steinwald-Schule
- Robert-Blum-Gymnasium
- Carl-Sonnenschein-Grundschule
- Marienfelder Grundschule
- Eckener-Gymnasium
- Paul-Natorp-Gymnasium
- Finow-Grundschule
- Lindenhof-Grundschule (Turnhalle)
- Paul-Klee-Grundschule
- Kiepert-Grundschule

20. Die Qualität des Schulessens ist besser geworden

Die Initiative der CDU zur Verbesserung der Qualität des Schulessens führte zum Beschluss der **Drs. 407**, mit der sich die der CDU angehörige Schulstadträtin an die Spitze der landesweiten Bewegung für ein besseres Schulessen stellte. Mit der Neuregelung des Berliner Schulessens sind zwar keine Sternerestaurants in den Schulkantinen entstanden, die Zahl der Elternbeschwerden ist jedoch drastisch gesunken, was für eine deutliche Verbesserung des Essens gegenüber der Vergangenheit spricht.

21. Kleine Kinder brauchen sichere Schulwege

An vielen Stellen im Bezirk hat sich die CDU für sichere Schulwege eingesetzt. Dazu gehört auch die Tempo-30-Regelung vor Schulen. Ausgewählte Beispiele sind Sicherungsmaßnahmen für die Kinder der Mariendorfer Carl-Sonnenschein-Grundschule, die aufgrund der Schulsanierung teilweise an die ehem. Hermann-Köhl-Schule nahe des Mariendorfer Damms umziehen mussten, **Drs. 135**, und die der Neumark-Grundschule in Schöneberg, **Drs. 375**. In Schöneberg warten wir noch auf den Vollzug, in Tempelhof ist die Maßnahme bereits realisiert.

Teil III
Politik ist die Kunst des Möglichen

Nicht alles, was richtig ist, wird auch realisiert. Demokratie sichert eine breite Beteiligung von unterschiedlichen Interessenlagen, ist aber kein Garant für richtige Entscheidungen in der Sache. Auf den folgenden Seiten finden Sie 15 Initiativen der CDU, die aus unterschiedlichsten Gründen nicht realisiert werden konnten. In der Regel sind wir an der Mehrheit von SPD und Grünen bereits im Bezirk gescheitert.

Bild: © Thomas Kutz

1. *Die Anzahl der Menschen im Seniorenalter nimmt zu, darauf müssen wir reagieren*

Die Ansprüche einer älter werdenden Gesellschaft sind vielfältig. Wichtig ist, dass wir in allen Bereichen darauf reagieren und die öffentliche Infrastruktur an den veränderten Rahmenbedingungen ausrichten. Darauf zielte der Antrag **Drs. 895**, Pflege bei der Stadtplanung mitdenken, der in stark verwässerter Form eine Mehrheit fand. Dem Ziel einer verstärkten Koordination von Seniorenarbeit in den einzelnen Bereichen des Bezirksamtes diente die Initiative zur Schaffung eines bezirklichen Seniorenbeauftragten, **Drs. 962**, die von SPD und Grünen abgelehnt wurde. In die gleiche Richtung zielt, die gewählten Seniorenvertretungen aufzuwerten und eine höhere Wahlbeteiligung und Legitimation zu erreichen. Deshalb wollen wir mit der **Drs. 370** den Wahltag der Seniorenvertretung mit den Wahltagen zu den Bezirksverordnetenversammlungen zusammenlegen. Hierzu gibt es inzwischen endlich eine Mehrheit im Bezirk. Der Bericht zur Beibehaltung der Seniorenarbeit, **Drs. 16**, wurde zwar beschlossen, vom Bezirksamt aber nur dürftig mit zweifelhafter Zielsetzung realisiert. Insgesamt wirkt die Tätigkeit des Bezirks bei diesem Thema eher halbherzig.

2. *Die Bürgerämter müssen Serviceunternehmen für die Bürger sein, in unserem Bezirk sind sie eine Servicewüste*

In den letzten Jahren wurden auch in unserem Bürgeramt fast 20% aller Verwaltungsstellen abgebaut. Warum Oliver Schworck, der zuständige Stadtrat der SPD, gerade dort Personal eingespart hat, bleibt unverständlich, denn gerade die Bürgerämter sind Visitenkarte des Bezirks. Mit der **Drs. 89** hat die CDU die Ausweitung der Öffnungszeiten am Freitag bis in die Nachmittagsstunden gefordert. Die Schaffung von Öffnungszeiten an Samstagen zumindest in einem Bürgeramt und andere Vorschläge wurden sämtlichst von SPD und Grünen mit fadenscheinigen Argumenten abgelehnt. Mit **Drs. 241** forderte die CDU ein Konzept für kundenorientierte Öffnungszeiten der Bürgerämter vom Bezirksamt. Nicht einmal für Überlegungen zur Verbesserung der Situation fand sich eine Mehrheit, auch diese Initiative wurde von SPD und Grünen im Keim erstickt.

Das Angebot Tempelhof-Schönebergs richtet sich in den Bürgerämtern überwiegend an Menschen, die nicht berufstätig sind.

Für flexiblere Öffnungszeiten durch flexible Arbeitszeiten, **Drs. 561**, konnte zwar eine politische Mehrheit gefunden werden, doch das SPD geführte Bezirksamt hat die Initiative bis heute nur marginal umgesetzt. Auch eine gute örtliche Erreichbarkeit gehört für die CDU zu einem vernünftigen Service der Bürgerämter. Deshalb haben wir für das unterversorgte Marienfelde ein mobiles Bürgeramt in Kombination mit der dortigen Bibliothek vorgeschlagen, **Drs. 968**. Auch hier erfolgte trotz Beschlusses der BVV keine Reaktion durch das Bezirksamt.

Bild: © Thomas Kutz

Bild: © André LU

Bild: © CDU.de/ Dominik Butzmann

Aktuell kämpfen wir mit den **Drs. 1237** und **1239** für die Möglichkeit, ohne Terminvereinbarung im Bürgeramt vorstellig werden zu können, was im November 2014 erneut abgelehnt wurde. Es gibt eine Vielzahl von Vorgängen, die keinen Aufschub dulden, aber in den Bürgerämtern Tempelhof-Schönebergs sind die Termine Wochen oder Monate im Voraus vergeben.

Die CDU steht für kundenorientierte Bürgerämter im Bezirk. Die Verwaltung muss sich an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger ausrichten und das Angebot entsprechend gestalten. Mit dieser Position ist die CDU offensichtlich sehr einsam in Tempelhof-Schöneberg.

3. Verkehrsreduzierung durch mehr Park & Ride-Plätze

Das Verkehrsproblem Berlins besteht zu einem hohen Anteil aus den weit mehr als 100.000 Pendlern, die täglich Berlin aus Brandenburg mit dem PKW ansteuern. Sie nutzen ihre Fahrzeuge mangels alternativer Verkehrsangebote. Es ist seit vielen Jahren Position der CDU, an den Endpunkten der S-Bahn große Abstellflächen für PKW zu günstigen Preisen zu schaffen, letztendlich scheitert eine große Lösung an Brandenburg und der Frage der Finanzierung solcher Einrichtungen. Deshalb haben wir mit der **Drs. 1017** kleinteilige Park&Ride-Lösungen mit Umsteigemöglichkeiten in den öffentlichen Nahverkehr an der B 96 und B 101 in unserem Bezirk gefordert. Damit sind wir an SPD und Grünen gescheitert. Beide verfolgen offensichtlich das Ziel, systematisch Parkplätze in der Stadt abzuschaffen, um damit den Verkehr zu reduzieren. Dies lässt außer Acht, dass über 60% des täglichen Kraftfahrzeugverkehrs wirtschaftlich begründet sind. Ärzte, Handwerker, Vertreter und viele andere Berufsgruppen benötigen ihre Fahrzeuge, um ihren Beruf effektiv ausüben zu können. Weitere Beispiele zur bewussten Reduzierung der Parkplätze sind die Begegnungszone Maaßenstraße, **Drs. 0990**, der Parkplatzabbau an der Bülowstraße, **Drs. 0948** und die Fahrradstraße in der Handjerystraße, **Drs. 1146**. Dazu kommen eine Vielzahl kleinster Baumaßnahmen oder Anordnungen verkehrsrechtlicher Maßnahmen. Wir schätzen, dass auf diesem Weg in den letzten drei Jahren mehr als 500 Parkplätze im Bezirk verloren gegangen sind. Deshalb wollten wir mit unserer Initiative für ein Bezirksregister über öffentliche PKW-Stellplätze, **Drs. 906**, Licht ins Dunkel rot-grüner Tätigkeit bringen. Eine gleiche Initiative wurde mit **Drs. 756** auch hinsichtlich eines online abrufbaren Verzeichnisses von Parkplätzen für Menschen mit Behinderung eingebracht. Beide Anträge wurden als überflüssig abgelehnt, in Wirklichkeit scheuen SPD und Grüne mit dieser Politik die Öffentlichkeit und versuchen, hinter dem Rücken der Bürger mit einer Vielzahl von Einzelmaßnahmen vollendete Tatsachen zu schaffen. Diese Politik versuchter Verkehrsverringerung durch Drangsalieren der Autofahrer ohne verbesserte Nahverkehrsangebote kann nicht erfolgreich sein, weil sie das Pendlerproblem und den Stadtrand mit schlechter ÖPNV-Anbindung ausblendet und nur die Bewohner der Innenstadt im Fokus hat.

Bild: © André LU

Bild: © André LU

Bild: © CDU.de/ Christiane Lang

4. *Bibliotheken sind das Sparschwein des Bezirks*

Der Bücherbus des Bezirks ist mehr als 20 Jahre alt, die lfd. Betriebskosten sind folglich höher als bei einem Neufahrzeug. Ersatzteile müssen extra angefertigt werden. Der Bücherbus wird überwiegend im Süden Tempelhofs und dort schwerpunktmäßig von Kindern, Jugendlichen und Senioren genutzt. Mit **Drs. 410** wollte die CDU die notwendigen Gelder für einen neuen Bücherbus bereitstellen, wobei lediglich ein Betrag von ca. 200.000 € angefallen und der gleiche Betrag noch einmal von der EU gekommen wäre. Hierfür fand sich genauso wenig eine Mehrheit wie für die Sanierung der Bezirkszentralbibliothek in Tempelhof, die seit mehr als zehn Jahren verschoben wird. Für die Anmietung von Räumen für eine neue Großbibliothek im ehemaligen Kaufhaus Hertie in der Hauptstraße wurde zwar unter Vorbehalt zugestimmt, **Drs. 1004**, die Verhandlungen aber insbesondere von der SPD mit ständig neuen Forderungen belastet, bis sich der Vermieter im Sommer 2014 neue Interessenten gesucht hat. Die Friedenauer Bibliothek wird ersatzlos wegfallen, die übrigen Schöneberger Standorte bieten nur unter Einsatz von vielen Millionen Euro (Geld, das absehbar nicht vorhanden ist!) die Möglichkeit zur Entwicklung eines modernen Medienstandortes.

Es reicht nicht aus, mehr Bildungsmöglichkeiten für benachteiligte Familien zu fordern, gleichzeitig aber die Bibliotheken als Herzstück einer solchen Bildung zum Sparschwein des Bezirks zu machen. SPD und Grüne stehen in Tempelhof-Schöneberg vor dem Scherbenhaufen ihrer Bildungspolitik.

5. *Prostitution im Kurfürstenkiez*

Die Situation hat sich in den letzten fünf Jahren trotz Einsatzes von Sozialarbeitern vor Ort und Durchführung einiger Polizeimaßnahmen stetig verschlimmert. Einzig Maßnahmen zur Einschränkung der Prostitution durch Sperrzeiten wurden nicht getestet. Derzeit haben die Anwohner im Kurfürstenkiez keine Chance, ohne Belästigungen durch Prostituierte oder ihre Zuhälter ihren Alltagsgeschäften nachzukommen. Besonders schwierig ist es für Familien mit Kindern, die deshalb häufig eine neue Wohnung in anderen Stadtteilen suchen. Die CDU will daher bereits seit langer Zeit Sperrzeiten einführen, in denen Straßenprostitution verboten ist. Wir sind mit diesen Initiativen regelmäßig an den politischen Mehrheiten im Bezirk gescheitert. Der letzte Versuch wurde mit **Drs. 872** unternommen, der bei der Abstimmung wie immer durch Stimmen von SPD und Grünen abgeblockt wurde.

Teil IV
Hier wird die Zukunft verspielt

SPD und Grüne haben nur vage Vorstellungen davon, wie sich der Bezirk entwickeln soll. Die Bezirksfinanzen lassen keine Ausgaben nach dem Gießkannenprinzip zu, vielmehr müssen klare Schwerpunkte gesetzt werden, in welchen Bereichen personelle und finanzielle Investitionen erfolgen sollen. Rot und Grün sind mit mehr Bürgerbeteiligung angetreten, doch was ist daraus in der Praxis geworden?

Bild: © Rüdiger Bandholtz

1. *Der Bezirk ist faktisch Pleite!*

Wir sind finanziell gut aufgestellt - das war die Aussage der Bezirksbürgermeisterin Angelika Schöttler (SPD) bei der Verabschiedung ihres ersten Bezirksetats. Zu Beginn der Legislaturperiode hatte der Bezirk finanzielle Reserven von etwa 17 Mio € (knapp 5 Mio. € Überschuss in 2010, gut 12 Mio. € Überschuss in 2011) und war damit der Bezirk mit den höchsten Rücklagen Berlins. Heute stellt sich die Situation wie folgt dar:

- Der ehemals finanzstärkste Berliner Bezirk erwartet mit einem Defizit von rund 15 Millionen € für 2014 den schlechtesten Haushaltsabschluss aller Berliner Bezirke. Die noch vorhandenen Überschüsse aus 2012 werden vielleicht ausreichen, um 2014 das Defizit auf 0 zu bringen. Danach sind die Reserven für 2016 und Folgejahre aufgebraucht.
- In den Jahren 2011-13 wurden 8,5 Mio. €, die eigentlich für Bauinvestitionen vorgesehen waren, nicht ausgegeben und für andere Zwecke im Bezirk verwendet. Ende 2014 werden es vermutlich insgesamt 11-12 Mio. € sein. Allein die Schulen haben im Bezirk einen Investitionsbedarf von rund 250 Mio. €. Bedarf besteht also allemal. Insgesamt werden mehr als 10 Mio. € zum Stopfen von Haushaltslöchern verwendet.
- Der Schwerpunkt der baulichen Investitionen liegt mindestens bis 2016 bei den Bürodienstgebäuden des Bezirks. Die Gesamtkosten liegen zunächst bei 15 Mio. € und werden den Bezirk noch jahrelang belasten. Die CDU hält dies für eine Fehlentscheidung, denn:
    - Schulen und andere bürgernahe Einrichtungen müssen vor Dienstgebäuden Vorrang haben und
    - durch den technischen Wandel der Arbeitswelt wird in zehn Jahren möglicherweise nur noch ein Bruchteil der jetzigen Büroräume benötigt werden.

Bei nicht ausreichenden Finanzmitteln können nur zwingend notwendige Maßnahmen zur Modernisierung der Rathäuser erfolgen, die Priorität muss jedoch beim Erhalt von Schulen, Sportanlagen, Senioren- und Jugendeinrichtungen liegen.

Wie es jetzt aussieht, wird 2015 oder spätestens 2016 wird der Pleitegeier auf dem Rathausturm in Tempelhof-Schöneberg Platz nehmen und die Bezirksbürgermeisterin wahrscheinlich eine Haushaltssperre verkünden müssen. Danach gibt es im Bezirk keine finanzpolitischen Handlungsspielräume mehr. Die finanzielle Lage ist das größte Desaster rot-grüner Politik und wird den Bezirk noch lange belasten.

Bild: © Christian Zander

Bild: © Christian Zander

2. Der Wohnungsneubau kommt im Bezirk nicht in Fahrt

Die Berliner Wohnraumsituation wird von Jahr zu Jahr schwieriger. Obwohl wir mit den Ortsteilen Schöneberg und Friedenau zwei innerstädtische Wohnlagen mit hoher Beliebtheit haben, steht Tempelhof-Schöneberg gleichauf mit Neukölln im Wettbewerb der Bezirke um den letzten Platz bei der Schaffung von neuen Wohnungen. Dies ist umso katastrophaler, weil bei diesen Zahlen auch Dachgeschossausbauten erfasst werden und somit nur noch ein ganz geringer Anteil von Wohnungen auf mehrgeschossige Miet- oder Eigentumswohnungsgebäude entfallen kann. Dies steht im krassen Gegensatz zu den von Frau Dr. Klotz (Grüne) verbreiteten Erfolgsmeldungen im Bezirk. Da Tempelhof-Schöneberg auch bei den Baugenehmigungen 2013 und 2014 am Ende der Tabelle steht, könnte spätestens ab 2016 die Zahl der Neubauwohnungen bei einem Umsteuern der Politik im Bezirk erreicht werden.

Ohne prophetische Gabe ist heute bereits klar, dass bis zum Wahltag 2016 der Beitrag des Bezirks zur Lösung des Berliner Wohnungsproblems äußerst bescheiden sein dürfte.

3. Mehr Partizipation und Bürgerbeteiligung in Tempelhof-Schöneberg

Auch Bürgerbeteiligung sollte ein Kernstück der Bezirkspolitik von SPD und Grünen sein. In der Realität gab es seit Gründung des Doppelbezirks noch nie so viel Widerstand gegen Aktivitäten des Bezirksamtes wie in den letzten drei Jahren. Insbesondere die Planungsabteilung unter Leitung von Frau Dr. Klotz (Grüne) ließ keine Gelegenheit verstreichen, um massiven Widerstand der Bürger auszulösen. Beispiele sind

- Die Bebauungen in der Crellestraße und in der Bautzener Straße
- Die Neugestaltung des Grünstreifens im Wannseebahngraben
- Die Planung und der Bau der Begegnungszone in der Maaßenstraße
- Die Vernichtung der Kleingärten in der Marienfelder Säntisstraße
- Das Ausspielen unterschiedlicher Initiativen des Bürgerforums Lichtenrade im Zusammenhang mit der Entwicklung der Lichtenrader Bahnhofstraße
- Untätigkeit statt Eindämmung der ausufernden Prostitution in der Kurfürstenstraße

Die Liste ließe sich beliebig verlängern. Beim Wannseebahngraben sprachen die Anwohner dem Moderator des Bezirksamtes ihr Misstrauen aus und wählten einen zusätzlichen Versammlungsleiter, ein bisher einmaliger Vorgang im Bezirk. In der Maaßenstraße und im Kurfürstenkiez werden die Bedenken der Anwohner schlichtweg ignoriert, und in Lichtenrade hat es das Bezirksamt geschafft, sämtliche Initiativen gegeneinander aufzubringen, so dass es 2014 erstmals zu zwei konkurrierenden Wein- und Winzerfesten am gleichen Tag mit unterschiedlichen Veranstaltern kam. SPD und Grüne führen die Menschen nicht zusammen, sondern erreichen mit ihrer nicht ernst gemeinten Bürgerbeteiligung das Gegenteil.

Bild: © Rüdiger Bandholtz

Bild: © Christian Zander

Bei Bürgerveranstaltungen kam es fast nie zu verbindlichen Meinungsbildungen und Abstimmungen über den Bürgerwillen, vielmehr werden durch professionelle und gut bezahlte Moderatoren Arbeitsgruppen gebildet und Vorschläge gesammelt, die dann in die Planung mit einfließen sollen. Dies geschieht natürlich nur dann, wenn diese Wünsche der SPD und den Grünen gefallen bzw. der schon bestehenden Planung nicht entgegenstehen. Diskussionen über den Sinn einer geplanten Maßnahme werden dagegen abgeblockt, und am Ende kommt im Wesentlichen das heraus, was die Verwaltung bereits vorher geplant hatte. Unser Bezirk hat eine zunehmend gelenkte Bürgerbeteiligung, in der sich die politisch Verantwortlichen in Selbstdarstellung ergehen und die Betroffenen am Ende frustriert den Saal verlassen!

Als CDU wollen wir, dass politisch Verantwortliche sich wieder den Bürgern stellen. Das bedeutet, die Moderation hat der politisch Verantwortliche, die Bürger werden wirklich ernst genommen und eine öffentliche Baumaßnahme wird ggf. auch ganz zur Disposition gestellt. Wir müssen nicht zwanghaft Geld für Maßnahmen ausgeben, die von den künftigen Nutznießern als nicht notwendig angesehen werden.

4. *Bürgernahe Verwaltungsbereiche funktionieren nur mangelhaft*

Der Zustand der Bürgerämter wurde bereits an anderer Stelle beschrieben. Das Beschwerdeportal Maerker, bei dem die Verwaltung die Bürger zur Mitarbeit bei der Behebung von Defiziten im öffentlichen Raum auffordert und gleichzeitig eine Garantie zur Behebung der Missstände abgibt, weist immer wieder Defizite bei der zeitnahen Abhilfe der gemeldeten Defizite auf.

Die Liste der Problemfälle von illegal aufgestellten Altkleidercontainern bis zu aufgrund fehlenden Geldes schlecht gepflegten Grünanlagen macht eins deutlich, in Tempelhof-Schöneberg werden die Schwerpunkte von SPD und Grünen offensichtlich nicht in bürgernahen Bereichen gesetzt!

5. *Die Chancen des Tourismus für die regionale Wirtschaft werden im Bezirk nur mangelhaft erkannt*

Bis heute gibt es im Bezirk kein schlüssiges Konzept zur Tourismusförderung, obwohl der Bezirk mit dem alliierten Kontrollratsgebäude in der Potsdamer Straße, dem Rathaus Schöneberg als Regierungssitz des ehemaligen West-Berlins, dem RIAS-Gebäude in der Nähe des Innsbrucker Platzes und dem Flughafen Tempelhof als Symbol für die Luftbrücke über bedeutende Erinnerungsstätten an die Teilung Berlins und den Kalten Krieg in Europa verfügt. Eine wirtschaftliche Vermarktung dieser Sonderstellung zu Gunsten der regionalen Wirtschaft des Bezirks erfolgt bisher nicht. In dieses Bild passt, dass der mehrheitlich beschlossene Antrag **Drs. 1111**, das Rathaus aufgrund des 100-jährigen Geburtstags im Rahmen des „Festival of Lights“ zu beleuchten, nach monatelanger Untätigkeit der Bezirksbürgermeisterin aus Kostengründen durch das Bezirksamt abgelehnt wurde.

Bild: © Christian Zander

Teil V
Nonsens statt Konsens

Während wichtige Anliegen im Bezirk nicht beachtet werden, haben SPD und Grüne neue Betätigungsfelder für sich entdeckt. Dazu gehören

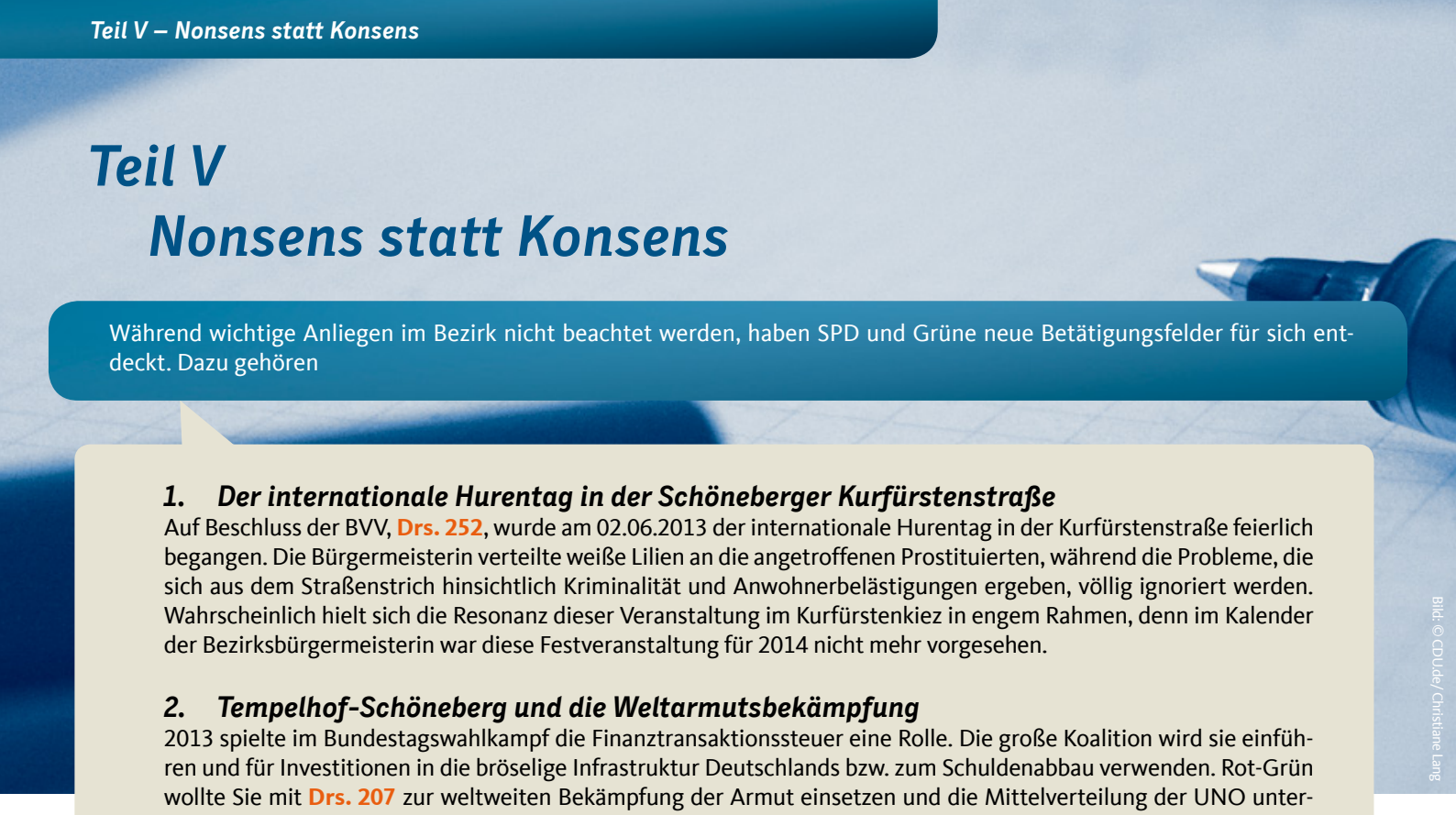


Bild: © CDU.de/ Christiane Lang

1. Der internationale Hurentag in der Schöneberger Kurfürstenstraße

Auf Beschluss der BVV, **Drs. 252**, wurde am 02.06.2013 der internationale Hurentag in der Kurfürstenstraße feierlich begangen. Die Bürgermeisterin verteilte weiße Lilien an die angetroffenen Prostituierten, während die Probleme, die sich aus dem Straßenstrich hinsichtlich Kriminalität und Anwohnerbelästigungen ergeben, völlig ignoriert werden. Wahrscheinlich hielt sich die Resonanz dieser Veranstaltung im Kurfürstenkiez in engem Rahmen, denn im Kalender der Bezirksbürgermeisterin war diese Festveranstaltung für 2014 nicht mehr vorgesehen.

2. Tempelhof-Schöneberg und die Weltarmutsbekämpfung

2013 spielte im Bundestagswahlkampf die Finanztransaktionssteuer eine Rolle. Die große Koalition wird sie einführen und für Investitionen in die bröselige Infrastruktur Deutschlands bzw. zum Schuldenabbau verwenden. Rot-Grün wollte Sie mit **Drs. 207** zur weltweiten Bekämpfung der Armut einsetzen und die Mittelverteilung der UNO unterstellen. Das Bezirksamt wurde beauftragt, den Beschluss in entsprechender Weise umzusetzen. Mit der Mitteilung vom 03.09.2014 verweist das Bezirksamt auf den Koalitionsvertrag der Bundesregierung. Offensichtlich waren die internationalen Aktivitäten unseres Bezirksamtes doch auf nationaler und internationaler Ebene gescheitert.

3. Hochwertige Einbauküchen sind in Teilen von Schöneberg künftig verboten

Für das Bayerische Viertel und das Gebiet um den Kaiser-Wilhelm-Platz sind sogenannte soziale Milieuschutzsatzungen beschlossen worden. Sie dienen dazu, Luxusmodernisierungen und damit auch die Verdrängung der Mieterschaft durch erhebliche Mietsteigerungen zu verhindern. Deshalb müssen in den entsprechenden Gebieten für alle wohnwertverbessernden Maßnahmen, im Übrigen auch in selbstgenutzten Eigentumswohnungen, Anträge auf Genehmigung der Maßnahmen beim Bezirksamt gestellt werden. Mit **Drs. 1191** erklärte das Bezirksamt, dass der Einbau hochwertiger Einbauküchen in den obigen Gebieten nicht mehr genehmigt wird. Künftig werden also die rd. 30% Wohnungseigentümer durch das Einbauküchenverbot vor „Verdrängung durch sich selbst“ geschützt. Über die Initiative **Drs. 1254**, die diesen Schildbürgerstreich beenden soll, ist leider noch nicht entschieden.

4. Günter Pfitzmann, dieser Mann ist leider keine Frau

Es ist bittere Realität, Männer dürfen nach Vorstellung von SPD und Grünen bei der Vergabe von Straßennamen im Tempelhof-Schöneberg erst dann wieder berücksichtigt werden, wenn Frauennamen angemessen im Stadtbild vertreten sind. Damit dürften für die nächsten 100 Jahre Benennungen von Straßen nach Männern im Bezirk ausgeschlossen sein. Dass diese Verfahrensweise doktrinäre Züge hat und geschlechterdiskriminierend ist, zeigte sich beim Widerstand gegen unsere Idee, eine neu entstandene Straße am Bülowbogen nach Günter Pfitzmann zu benennen, **Drs. 1205**. Gleichzeitig zeigt das Verhalten von SPD und Grünen ein erschreckendes Maß an Inkompetenz hinsichtlich der Bedeutung Günter Pfitzmanns als identitätsstiftender Schauspieler Berlins. Die Fernsehserie „Praxis Bülowbogen“ war eine klassische Kiezgeschichte, die in Schöneberg gedreht wurde und für mindestens eine Generation von Berlinern regelmäßiges Gesprächsthema war. Ob eine Benennung und ggf. welcher Straße nach Pfitzmann erfolgt, ist derzeit noch immer ungeklärt.

5. Sporthallenzeiten geschlechtergerecht verteilen

Was denken Sie als Steuerzahler über die Vergabe von Hallenzeiten an Sportvereine? Sie erwarten, dass die Vergabe entsprechend dem Bedarf erfolgt. Wer viele Sportler hat, bekommt mehr Trainingszeiten als Vereine mit wenigen Sportlern. Seit 2013 soll mit der **Drs. 896** ein neuer Verteilungsmodus gefunden werden. Künftig sind die Nutzungszeiten geschlechtergerecht zu verteilen. Das bedeutet, dass Fußballvereine die stets nachgefragten Jugendmannschaften auflösen müssten und gleichzeitig Angebote geschaffen werden, die eher von Frauen und Mädchen nachgefragt werden. Da nur ein Drittel der Mitglieder von Sportvereinen Frauen und Mädchen sind, werden nach Umsetzung der Vorstellung von SPD und Grünen Sporthallen dann eher leerstehen als durch Männer und Jungen genutzt werden. Das erinnert an Günter Pfitzmann und hat mit Sachentscheidungen nichts mehr zu tun. Bislang konnte durch das Bezirksamt eine solche Willkürvergabe gegenüber den Vereinssportlern verhindert werden.

Die CDU-Fraktion in Tempelhof-Schöneberg

Unsere Bezirksverordneten

Ralf Olschewski

Fraktionsvorsitzender

CDU FRAKTION TEMPELHOF-SCHÖNEBERG

Petra Dittmeyer

Bezirksverordneten-vorsteherin

Guido Pschollkowski

stv. Fraktionsvorsitzender - Fachpolitischer Sprecher für Gesundheit, Soziales und Senioren

Peter Rimmler

Vorsitzender des Ausschusses für Verkehr und Grünflachen

Christian Zander

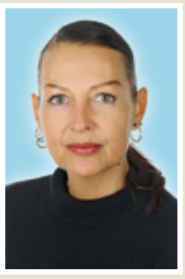
Fraktionsgeschäftsführer - Stv. Vorsitzender Integrations-ausschuss - Schulpolitischer Sprecher

Regina Körper

Wirtschaftspolitische Sprecherin

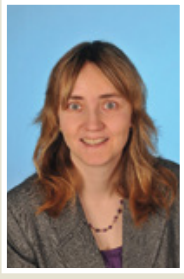
Inken Meseck-Lude

Mitglied der Bezirksverordnetenver-sammlung



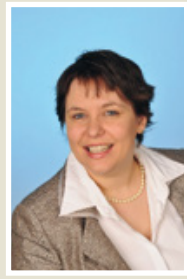
Wanda Preußker

Stv. Vorsitzende des Ausschusses für Bildung und Kultur



Britta Schmidt-Krüger

Vorsitzende des Sozialausschusses

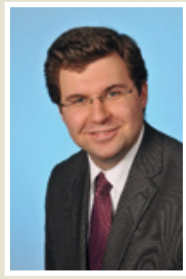


Monika Waldt

Stv. Vorsitzende des Haushaltsausschusses - finanzpolitische Sprecherin

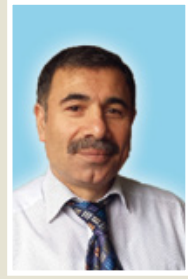
Alexander Bölter

Vorsitzender des Aus-schusses für Verwaltung, Kommunikation und Information



Daniel Dittmar

Fachpolitischer Sprecher für Ordnungsamt und Bürgerdienste



Djengizkhan Hasso

Mitglied der Bezirksverordnetenver-sammlung

Hagen Kliem

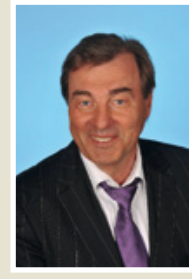
Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses

Patrick Liesener

Mitglied der Bezirksverordnetenver-sammlung

Denis McGee

Stv. Vorsitzender des Sportausschusses - sportpolitischer Sprecher

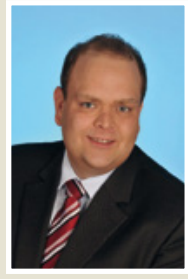


Detlef Rödiger

Vorsitzender des Ausschus-ses für Ordnungsamt und Bürgerdienste

Harald Sielaff

jugendpolitischer Sprecher



Matthias Steuckardt

Vorsitzender des Ausschus-ses für Frauen-, Queer- und Inklusionspolitik - Kultur-politischer Sprecher

„Drs.“

Sämtliche Drucksachen, die in dieser Broschüre Erwähnung finden, können Sie über die Seiten der BVV auf den Internetseiten des Bezirks aufrufen:

http://www.berlin.de/ba-tempelhof-schoeneberg/bvv-online/allris.net.asp

Herausgeber:
CDU-Fraktion Tempelhof-Schöneberg
Rathaus Schöneberg Raum 3054 (3. Etage)
John-F.-Kennedy-Platz
10820 Berlin

Tel: 030 90277 6643
Fax: 030 7870 3325
E-Mail: fraktion@cdu-tempelhof-schoeneberg.de
Internet: www.cdu-tempelhof-schoeneberg.de